

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
(16. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Andreas Bleck, Karsten Hilse, Dr. Rainer Kraft, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/9237 –

Plastikmüll – Eine internationale Herausforderung

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Judith Skudelny, Olaf in der Beek, Frank Sitta, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/3172 –

Meeresvermüllung durch Plastik

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Judith Skudelny, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/7695 –

Kunststoffe in den Weltmeeren

- d) zu dem Antrag der Abgeordneten Steffi Lemke, Dr. Bettina Hoffmann, Claudia Müller, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/5230 –**

Verschmutzung der Meere – Plastikflut unverzüglich stoppen

- e) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Bettina Hoffmann, Steffi Lemke, Lisa Badum, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/6129 –**

Strategie gegen Plastikmüll jetzt umsetzen

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, Forschung im Bereich Plastik zu fördern, den Export von Plastikmüll in bestimmte Staaten zu unterbinden sowie Staaten, die zu den Hauptemittenten von Plastikmüll gehören, zu beraten und in die Verantwortung zu nehmen.

Zu Buchstabe b

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, auf nationaler und internationaler Ebene, im Rahmen der EU sowie in der Entwicklungszusammenarbeit Initiativen zur Müllvermeidung sowie zur Reinhaltung der Meere von Plastikmüll zu ergreifen.

Zu Buchstabe c

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, durch im Einzelnen genannte Maßnahmen Kunststoffe in den Weltmeeren zu vermeiden.

Zu Buchstabe d

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, konkrete Maßnahmen auf nationaler und

internationaler Ebene zu ergreifen, um die weitere Verschmutzung der Meere durch Plastik aufzuhalten.

Zu Buchstabe e

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, strategisch gegen Plastikmüll vorzugehen und im Einzelnen aufgeführte Maßnahmen zu ergreifen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/9237 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/3172 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/7695 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe d

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/5230 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe e

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/6129 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Zu den Buchstaben a bis e

Annahme des jeweiligen Antrags.

D. Kosten

Zu den Buchstaben a bis e

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/9237 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 19/3172 abzulehnen,
- c) den Antrag auf Drucksache 19/7695 abzulehnen,
- d) den Antrag auf Drucksache 19/5230 abzulehnen,
- e) den Antrag auf Drucksache 19/6129 abzulehnen.

Berlin, den 5. Juni 2019

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Sylvia Kotting-Uhl
Vorsitzende

Oliver Grundmann
Berichtersteller

Michael Thews
Berichtersteller

Andreas Bleck
Berichtersteller

Judith Skudelny
Berichterstellerin

Ralph Lenkert
Berichtersteller

Dr. Bettina Hoffmann
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Oliver Grundmann, Michael Thews, Andreas Bleck, Judith Skudelny, Ralph Lenkert und Dr. Bettina Hoffmann

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 19/9237** wurde in der 95. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. April 2019 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 19/3172** wurde in der 71. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Dezember 2018 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Antrag auf **Drucksache 19/7695** wurde in der 80. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Februar 2019 zur alleinigen Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit überwiesen.

Zu Buchstabe d

Der Antrag auf **Drucksache 19/5230** wurde in der 78. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. Februar 2019 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

Zu Buchstabe e

Der Antrag auf **Drucksache 19/6129** wurde in der 78. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. Februar 2019 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll,

- Forschungsprojekte bezüglich Mikro- und Nanoplastik, alternativer Materialien sowie biotechnologischen Lösungsansätzen zu fördern,
- den Export von Plastikmüll in Staaten, in denen eine Abfallwirtschaft mit vollumfänglichem Sammeln, Lagern und Verwerten des Plastikmülls nicht gewährleistet ist, zu unterbinden,
- Staaten, die zu den Hauptemittenten von Plastikmüll gehören, durch Wissenstransfer und Aufbau von thermischen Verwertungsanlagen und Infrastrukturen des dualen Systems dauerhaft beratend und betreuend unter Einbeziehung der privaten deutschen Abfallwirtschaft zu begleiten sowie
- die Hauptemittenten in die Verantwortung zu nehmen, indem die wirtschaftliche Zusammenarbeit an die Erfüllung von konkreten Bedingungen gekoppelt wird.

Zu Buchstabe b

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll,

- auf nationaler Ebene u. a. Forschungsvorhaben im Bereich der Wasserreinhaltung zu fördern,
- auf EU-Ebene durch näher bestimmte Initiativen die Verschmutzung der Weltmeere durch Plastik zu reduzieren,
- sich auf internationaler Ebene für die Reinhaltung der Meere von Plastikmüll einzusetzen sowie
- im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit durch im Einzelnen genannte Maßnahmen zur Müllvermeidung im Binnenland beizutragen.

Zu Buchstabe c

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll,

- international darauf hinzuwirken, dass alle Konsumgüterproduzenten, die Plastik in ihren Produkten oder der Verpackung der Produkte verarbeiten, in die Pflicht genommen werden, um den Eintrag von Kunststoffen in die Ozeane maßgeblich zu reduzieren,
- die Möglichkeiten der Digitalisierung für besseres Recycling zu nutzen,
- dem einzelnen Kunststoffprodukt einen Wert beizumessen,
- eine ehrliche Diskussion um Kunststoff zu führen sowie
- auf EU-Ebene auf ein Deponierungsverbot von unbehandelten Siedlungsabfällen am Beispiel der deutschen Deponieverordnung hinzuwirken.

Zu Buchstabe d

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, zur Vermeidung des Eintrags von Plastikmüll in den Meeren

- sich für eine internationale Konvention zur Beendigung des Eintrags von Plastikmüll in Weltmeeren einzusetzen,
- die europäische Plastikstrategie national umzusetzen und auf EU-Ebene voranzutreiben,
- bestimmte Einwegprodukte durch nachhaltige Mehrwegprodukte zu ersetzen,
- im Rahmen der Umsetzung des Abfallvermeidungsprogramms des Bundes, der Länder und Kommunen konkrete und messbare Maßnahmen zu ergreifen,
- die Bemühungen, den Aufbau von Entsorgungssystemen in anderen Ländern zu fördern, zu intensivieren,
- ein sofortiges Moratorium und langfristig ein generelles Exportverbot von Müll und Schrott in Länder mit nachweislich schlechteren Müllentsorgungssystemen auszusprechen bzw. zu beschließen,
- die sofortige Umsetzung der abfallbezogenen Maßnahmen der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie durch Bund und Länder einzufordern und stärker finanziell zu unterstützen,
- Kontrollmechanismen für Müll aus der Fischerei einzuführen, die eine Umsetzung der internationalen IMO-Regularien (MARPOL) und der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 sicherstellen,
- Regelungen für die Markierung von Fischfanggeräten zu erlassen, die sicherstellen, dass eine Auffindbarkeit und Zuordnung zu den jeweiligen Verursachern und Eigentümern jederzeit möglich sind,
- die umweltverträgliche Bergung von umhertreibendem Fischereigerät in besonders schützenswerten Gebieten zu intensivieren,
- die Erforschung der Quellen von Plastikmüll und seiner Verbreitung zu forcieren,

- einen Gesetzentwurf vorzulegen, der Mikroplastik in allen Kosmetika und Körperpflegeprodukten verbietet und sich auf europäischer Ebene für ein vollständiges zeitnahes Verbot von Mikroplastik in Kosmetik- und Körperpflegeprodukten innerhalb der EU einzusetzen,
- öffentliche Informationskampagnen durchzuführen sowie zu bundesweiten Müllsammelaktionen aufzurufen und sich an ihnen zu beteiligen und bestehende (Modell-)Projekte zur Entfernung von Plastikmüll aus natürlichen Gewässern stärker finanziell und personell zu unterstützen.

Zu Buchstabe e

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll,

- die Verpackungsabfälle in Deutschland zu halbieren, indem ein verbindliches Abfallvermeidungsziel bis 2030 festgeschrieben wird,
- die Vorgaben der Einwegplastik-Richtlinie der EU unverzüglich in nationales Recht umzusetzen und eine verbindliche Abgabe auf Wegwerfprodukte zu erheben, die nicht durch Verbote dieser Richtlinie erfasst werden,
- eine verbindliche Mehrwegquote von 80 Prozent bis 2025 im Verpackungsgesetz festzuschreiben und diese mit zielgerichteten Maßnahmen sowie Sanktionen bei Nichterfüllung der Quote zu untermauern,
- die bestehenden Lücken beim Einwegpfand zu schließen und das Pfand unabhängig vom Inhalt auf alle Kunststoffeinwegflaschen auszuweiten,
- deutschlandweit eine Wertstofftonne für die gemeinsame Sammlung von Verpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen einzuführen und die Verantwortung für die Sammlung der Wertstoffe den Kommunen zu übertragen,
- ehrliche Recyclingquoten einzuführen, die die tatsächlich im Kreislauf geführten Wertstoffe messen,
- die Lizenzentgelte für Verpackungen zu einer Ressourcenabgabe weiterzuentwickeln,
- verpflichtende Vorgaben für recyclingfreundliches Produktdesign zu schaffen sowie Ressourcenschonung und Recyclingfähigkeit von Produkten in der EU-Ökodesign-Richtlinie zu verankern,
- sich für europaweit einheitliche Standards für schadstofffreie Kunststoffe einzusetzen und den Einsatz von hormonwirksamen Substanzen in Lebensmittelkontaktmaterialien zu verbieten,
- verbindliche Qualitätsstandards für Kunststoffrezyklate zu schaffen und eine verpflichtende Einsatzquote vorzugeben,
- die gesetzlichen Möglichkeiten für eine umweltfreundliche öffentliche Beschaffung voll auszuschöpfen sowie recyclingfähige Produkte und Produkte aus Recyclingkunststoffen bei der öffentlichen Beschaffung zu bevorzugen,
- bestehende finanzielle und ökonomische Fehlanreize wie die Energiesteuerbefreiung für die stoffliche Nutzung von Erdöl zu beenden,
- Haushaltsmittel bereitzustellen, um den Aufbau eines Recycling-Instituts zu fördern sowie bestehende Forschung in den Bereichen Kreislaufwirtschaft und Umweltgesundheit zu stärken,
- Forschungsvorhaben zu Auswirkungen von Mikro- und Nanoplastik auf Umwelt und menschliche Gesundheit zu fördern,
- den Einsatz von Mikroplastik, flüssigen und wachsartigen Polymeren in Kosmetika und Reinigungsmitteln zu verbieten sowie sich auf EU-Ebene für ein Verbot von Mikroplastik unter REACH einzusetzen,
- die Grenzwerte der Düngemittelverordnung für Kunststoffpartikel in Kompost zu senken und die Einhaltung der Grenzwerte sicherzustellen,
- ein Tempolimit auf Bundesautobahnen einzuführen sowie den Eintrag von Mikroplastik aus Reifenabrieb in die Umwelt durch die Förderung technischer Innovationen zu reduzieren,

- sich für eine internationale Konvention zur Beendigung des Eintrags von Plastikmüll in die Meere bis 2030 einzusetzen,
- ein sofortiges Moratorium und langfristig ein generelles Exportverbot von Müll und Schrott in Länder mit nachweislich schlechteren Müllentsorgungssystemen zu beschließen.

III. Öffentliche Anhörung

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit hat in seiner 42. Sitzung am 8. Mai 2019 eine öffentliche Anhörung zu den Anträgen auf Drucksachen 19/9237, 19/3172, 19/7695, 19/5230 und 19/6129 durchgeführt.

Hierzu hat der Ausschuss folgende Verbände bzw. Sachverständige eingeladen:

Kai Falk

Handelsverband Deutschland e. V. (HDE)

Herwart Wilms

REMONDIS Assets & Services GmbH & Co. KG

Andreas Proksch

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Gunda Rachut

Stiftung Zentrale Stelle Verpackungsregister

Dr. Torsten Mertins

Deutscher Landkreistag e. V.

Prof. Dr. Lars Blank

Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule (RWTH) Aachen

Elke Kunde

IBM Deutschland

Dr. Kim Detloff

NABU - Naturschutzbund Deutschland e. V.

Thomas Fischer

Deutsche Umwelthilfe e. V. (DUH)

Die Ergebnisse sind in die Beratungen des Ausschusses eingeflossen. Die schriftlichen Stellungnahmen der geladenen Sachverständigen (Ausschussdrucksachen 19(16)196-A bis 19(16)196-F sowie das Wortprotokoll der Anhörung werden der Öffentlichkeit über das Internet zugänglich gemacht.

IV. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 34. Sitzung am 5. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/9237 abzulehnen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 33. Sitzung am 5. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/3172 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 34. Sitzung am 5. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/3172 abzulehnen.

Zu Buchstabe d

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 34. Sitzung am 5. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/5230 abzulehnen.

Zu Buchstabe e

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 50. Sitzung am 5. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/6129 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 28. Sitzung am 5. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/6129 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat in seiner 25. Sitzung am 5. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/6129 abzulehnen.

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu den Buchstaben a bis e

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit hat die Anträge auf den Drucksachen 19/9237, 19/3172, 19/7695, 19/5230 und 19/6129 in seiner 44. Sitzung am 5. Juni 2019 abschließend beraten.

Dabei wurden auch sechs Petitionen auf den Ausschussdrucksachen P-19(16)6, P-19(16)7, P-19(16)8, P-19(16)9, P-19(16)10 und P-19(16)12 in die Beratung einbezogen, zu denen der Petitionsausschuss eine Stellungnahme nach § 109 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages angefordert hatte.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, dass die Bedeutung der Problematik des Plastikmülls in der Öffentlichkeit angekommen sei. Gleichwohl sei Plastik nicht – wie häufig in der Berichterstattung dargestellt – per se schlecht. Das Problem sei vielmehr dessen illegale Entsorgung bzw. dessen illegaler Export, die die Fraktion entschieden verurteile. Die Verwertung von Plastikabfällen innerhalb Deutschlands müsse attraktiver werden. Dazu würden die Verabschiedung des neuen Verpackungsgesetzes sowie die Einwegplastik-Richtlinie des Rates beitragen. Ein europäischer Wettlauf um möglichst scharfe Produktverbote müsse bei der Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht allerdings verhindert werden. Es müsse vorsichtig vorgegangen werden, damit Plastik nicht durch noch umweltschädlichere Materialien ersetzt werde. Dazu müsse ein Produkt anhand seiner Ökobilanz bewertet werden.

Die **Fraktion der AfD** trug vor, dass laut einer Studie der Universität Oxford der von Europa und Zentralasien verursachte Anteil des Plastikmülls in den Weltmeeren nur 3,6 Prozent betrage. Das Problem müsse daher international angegangen werden. Die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seien auf Verbote und Sanktionen ausgerichtet. Zwar sei eine internationale Konvention gegen die Plastikvermüllung der Meere auf den ersten Blick sinnvoll, jedoch könnten verbindliche Sanktionen dabei nicht durchgesetzt werden, da – wie sich am Beispiel von China, Indonesien, Thailand, Vietnam, Ägypten und den USA zeige – die Hauptemittenten sich einer solchen Konvention nicht anschließen würden. Stattdessen sei daher auf Innovation und Investition zu setzen. Biotechnologische Ansätze zur Plastikbeseitigung sowie die gesundheitlichen Auswirkungen von Mikroplastik seien zu erforschen. Erst dann könnten verhältnismäßige und nachhaltige Lösungsansätze erarbeitet werden.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, dass das Antragsthema drei Dimensionen habe, namentlich die nationale, die europäische und die internationale. Auf nationaler Ebene sei vieles noch unklar, weswegen noch Forschungsbedarf bestehe. Auf europäischer Ebene gebe es bei der Abwasserreinigung noch erhebliche Unterschiede zwischen

den Mitgliedstaaten. Auch werde durch Mängel bei der Abfallbehandlung in Verbindung mit Hochwasser Makroplastik aus Europa in die Meere geschwemmt. Die Bundesrepublik müsse daher verstärkt darauf achten, dass die europäischen Partner sich an bestehende Regeln halten und die dafür zur Verfügung gestellten europäischen Gelder auch entsprechend nutzen. International müsse auf die Implementierung von funktionierenden Müllsammelungs- und Müllsortierungssystemen hingearbeitet werden. Dabei müssten auch die Hersteller in die Verantwortung genommen werden, beispielsweise durch den Einsatz der Crypto-Anchor-Technologie zur Bepreisung der Verpackungen. Man müsse von internationalen Lippenbekenntnissen der Länder wegkommen und hin zur konkreten Umsetzung von Müllsammelungs- und Sortierungssystemen.

Die **Fraktion der SPD** weist darauf hin, dass die Bundesrepublik bereits früh auf die Kreislaufwirtschaft gesetzt habe. Bei der Einführung des Pfandsystems für Getränkeflaschen sei Deutschland anfänglich in der EU belächelt worden und gelte heute als Vorbild. Leider kämen noch immer Verpackungen auf den Markt, die weder sinnvoll noch recycelbar seien. Das Verpackungsgesetz und das darin vorgesehene ökologisierte Lizenzentgelt seien zu begrüßen, da dadurch die ökologische Entwicklung vorangetrieben werde. Die Einwegplastik-Richtlinie spiele ebenfalls eine wichtige Rolle, beispielsweise beim Thema Einwegkaffeebecher. Es wäre jedoch auch möglich und wünschenswert, dabei auf nationaler Ebene noch weiter zu gehen und ein flächendeckendes Mehrwegsystem für Kaffeebecher einzuführen. Die fragwürdigen Abfallexporte in Länder ohne adäquate Recyclingkapazitäten müssten aufgeklärt und die Verantwortlichen benannt werden. Deutschland sei Technologieführer beim Recycling und könne andere Länder beim Aufbau einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft unterstützen. Dafür wurden im aktuellen Haushalt auch bereits Gelder bereitgestellt.

Die **Fraktion DIE LINKE** kritisierte die positive Bewertung des dualen Systems. Dieses sei betrugsanfällig, was sich unter anderem daran zeige, dass mehr Kunststoffverpackungen produziert als lizenziert und erfasst würden. Daran habe auch die Änderung des Verpackungsgesetzes nichts geändert. Der Antrag der Fraktion der AfD fordere den Export dieses Betrugssystems, weshalb der Antrag abzulehnen sei. Auch die Forderung, oxo-abbaubare Kunststoffe einzusetzen, sei aufgrund deren bekannter negativer Auswirkungen zurückzuweisen. Der Antrag der Fraktion der FDP beruhe auf der falschen Annahme, dass 99 Prozent der Kunststoffe wiederverwertet werden würden. Dies treffe nur auf die erfassten und bereits sortierten Kunststoffe zu, nicht jedoch auf die Gesamtheit der hergestellten Kunststoffe. Zutreffend sei hingegen die im Antrag vertretene Ansicht, dass Selbstverpflichtung nicht zielführend sei – dies gelte jedoch nicht nur für die Verpflichtung von Staaten, sondern auch für die der Industrie; hier messe die Fraktion der FDP mit zweierlei Maß. Beide Anträge der Fraktion der FDP seien unglaublich und daher abzulehnen. Die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seien hingegen zu unterstützen, da sie die Ausweitung der Pfandsysteme, die Übertragung der Verantwortung für die Wertstoffeffassung auf die Kommunen, eine Anpassung der Lizenzentgelte entsprechend des Verbrauchs und der Entsorgungsmöglichkeit eines Stoffs sowie die Markierung von Fischfanggeräten forderten.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, dass Plastikspuren inzwischen von den tiefsten Meeren bis hin zu den höchsten Bergen überall zu finden seien. Rund 32 Millionen Tonnen Plastik würden jährlich unkontrolliert in der Umwelt landen, 13 bis 15 Millionen davon in den Weltmeeren. Es handle sich um eine große ökologische Krise, auf die die Anträge der Fraktionen von FDP und AfD keine adäquaten Antworten liefern würden. Man könne sich nicht darauf ausruhen, dass ein Großteil der Plastikeinträge nicht direkt aus Deutschland und Europa stammen würden, da zumindest die Produzenten des Plastiks hier ansässig seien. Auch in Deutschland würden immerhin über 100 000 Tonnen Makroplastik jährlich in die Umwelt gelangen. Bei der Vermeidung von Verpackungsmüll sei die Bundesrepublik sogar das Schlusslicht in Europa, von einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft sei man noch weit entfernt. Auch würden große Teile des deutschen Plastikmülls nach Malaysia exportiert oder verbrannt. Die in den Anträgen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN genannten, vielfältigen konkreten Maßnahmen seien notwendig, wie sich auch in der Anhörung gezeigt habe. International müsse die Bundesregierung mit gutem Beispiel vorangehen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/9237 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/3172 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/7695 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu empfehlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/5230 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu empfehlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/6129 abzulehnen.

Berlin, den 5. Juni 2019

Oliver Grundmann
Berichtersteller

Michael Thews
Berichtersteller

Andreas Bleck
Berichtersteller

Judith Skudelny
Berichtersterlin

Ralph Lenkert
Berichtersteller

Dr. Bettina Hoffmann
Berichtersterlin

